



neus

Die Zeitschrift des Landes Südtirol
La rivista dla Provinzia autonoma de Bulsan



6 Titelgeschichte

Europa noch näher: Von der EU kommt viel Geld für Südtirols Regionalentwicklung

12 Südtirol wählt Europa

Jede Stimme zählt bei der Wahl des EU-Parlaments am 8. und 9. Juni

16 EU-Gelder sichern Lebensraum

19 Ladinia

20 Blick ins Oral-History-Archiv

24 Autonomie neu stärken

Europe Direct
Informationszentrum über die EU
Sorvisc d'informaziun sön l'UE

Europawahl 2024

Samstag, 8. Juni 2024,
15:00 bis 23:00 Uhr.

Sonntag, 9. Juni 2024,
7:00 bis 23:00 Uhr.



**#NUTZE
DEINE
STIMME**



EUROPE DIRECT
Südtirol · Alto Adige

AUTONOME
PROVINZ
BOZEN
SÜDTIROL



PROVINCIA
AUTONOMA
DI BOLZANO
ALTO ADIGE

PROVINCIA AUTONOMA DE BULSAN
SÜDTIROL

Europa noch näher
N'Europa plü davijin

Wie Phantome: So scheinen manchmal die Gesetze. Man sieht sie nicht, aber man spürt sie! Und je weiter sie weg sind, desto weniger identifizieren wir uns damit. Das trifft besonders auf die Europäische Union zu. Sie scheint so weit weg, dass vielen von uns im besten Fall egal ist, was „die da oben“ in Brüssel und Straßburg entscheiden.

Wer so argumentiert, lässt etwas außer Acht, das für alle Demokratien gilt: EU sind wir alle! Sie betrifft uns täglich und konkret. Ihre Gesetze bestimmen unseren Alltag stärker, als die meisten annehmen. Gleiches gilt für ihre Rechte – inklusive der vielen Förderungen: Hunderte Millionen von Euro fließen über die verschiedenen EU-Programme nach Südtirol und sichern Entwicklung und Wohlstand.

Daher kann uns in Südtirol nicht egal sein, wer „da oben“ in Brüssel entscheidet. Das Europäische Parlament erlässt Gesetze und kontrolliert die anderen EU-Institutionen. Wer am 8. und 9. Juni sein Wahlrecht in Anspruch nimmt, bestimmt mit, wer diese Macht in den nächsten fünf Jahren ausübt. Ja, wir alle sind EU!

Und wir sind alle Südtirol: Auch auf Landesebene kann uns der Spielraum unserer Gesetzgebung und Verwaltung nicht egal sein. In den vergangenen Jahrzehnten hat die Autonomie in verschiedenen Bereichen gelitten. Warum das so ist und wie man diese „Mängel“ nun beheben will, auch das können Sie in dieser Ausgabe lesen.

Die *neüs*-Redaktion hofft vor allem eines: Aus vermeintlichen Phantomen verständliche Zusammenhänge gemacht, und Sie zum Lesen, ja im besten Fall zum Wählen motiviert zu haben.



Guido Steinegger
Chefredakteur

Impressum ► Herausgeber: Autonome Provinz Bozen, Ort: Bozen ► Eintragung beim Landesgericht Bozen Nr. 32/1991 ► Presserechtlich verantwortlich: Guido Steinegger (gst) ► Koordination: Maurizio Di Giangiacomo (mdg), Monika Pichler (mpi) ► Redaktion: Maja Clara (mac), Ulrike Huber (uli), Carmen Kollmann (ck), Thomas Laconi (tl), Anselmo Niglio (an), Angelika Schrott (san), Francesca Tigliani (ft), Johanna Wörndle (jw) ► Weitere Texte und Übersetzungen: David Lardschneider (dl), Carlo Suani (cs), Patrick Urru (pu), Ulrike Vittur (uv) ► Foto Titelseite: Greta Stuefer ► Konzept und grafische Gestaltung: Exlibris und Katrin Gruber. ► Druck: Athesia Druck GmbH ► Auflage: 32.700 ► landeszeitung.provinz.bz.it ► Kontakt und Abo: Agentur für Presse und Kommunikation, Silvius-Magnago-Platz 1, 39100 Bozen (BZ), Tel. 0471 412213, lpa@provinz.bz.it ► Die Verwendung von Texten und Bildern aus *neüs* für nicht auf Gewinn ausgerichtete Zwecke ist nach Rücksprache mit der Redaktion möglich. ► ISSN 2974-8143



Wie die EU Innovation fördert



Am 8. und 9. Juni wird gewählt

Klimaveränderung entgegenwirken

Gesicherte Erinnerungen

Autonomie wiedererlangen







Foto: Andrea Pozza

Bagger im Stausee

Zwölf Greifbagger, 44 Muldenkipper, vier Schubraupen, drei Laderaupen, fünf Walzen und eine Brechanlage arbeiten im Reschensee in Graun. Bis Juni wird der See im südöstlichen Teil weiter aufgeschüttet. Weil es oft Steinschlag oder Muren auf die aktuelle Straße gibt, wird diese 60 Meter Richtung Reschensee verschoben. Dafür braucht es einen Damm von 2.585.000 Kubikmetern. Darauf soll die Straße sicherer sein. Beahlt wird mit Geldern aus dem Fonds für Entwicklung und Kohäsion. [san](#)



Foto: Unsplash

Bessere Luft

Stickstoffdioxidwerte gehen zurück. Die Luftqualität in Südtirol hat sich verbessert: Laut Landesagentur für Umwelt und Klimaschutz, die in Südtirol die Messdaten zu den Luftschadstoffen erhebt und überwacht, sind die Stickstoffdioxid-Konzentrationen 2023 an vielen Messstationen wiederum leicht zurückgegangen, auch an jenen entlang der Brennerautobahn. Im Bereich Feinstaub ist die Situation ebenfalls stabil. Das zeigen die Daten für das Jahr 2023. Das Verkehrsaufkommen 2023 ist im Vergleich zum Vorjahr nahezu gleich geblieben bzw. hat leicht zugenommen. Dennoch haben sich die Luftqualitätswerte gegenüber 2022 verbessert: Das ist laut Landesamt für Luft und Lärm auf die positiven Entwicklungen im Fuhrpark in Südtirol zurückzuführen. Denn Stickstoffdioxid (NO₂) wird hauptsächlich von Dieselfahrzeugen verursacht. Seit 2019 weisen die Neuzulassungen in Südtirol ein Plus von 25 Prozent bei Elektro- und Hybrid-Fahrzeugen auf, jene der Dieselfahrzeuge sind um 20 Prozent zurückgegangen. **mpi**

Messdaten 2023: Die Verbesserung der Luftqualität ist auf den Fuhrparkwechsel zurückzuführen.



Alle Daten zur Luftqualität sind online auf dem Webportal des Landes abrufbar

281

Millionen Euro hat das Land im Jahr 2023 für pflegebedürftige Menschen bereitgestellt. Das Pflegegeld wurde zu 47 Prozent (132 Millionen) für die Pflege zu Hause aufgewendet, der Rest

wurde überwiegend in Seniorenwohnheime investiert. Bei der Einstufung konnte im Vorjahr die Wartezeit auf 4,5 Monate reduziert werden. An weiteren Maßnahmen, ebenso wie an der langfristigen Absicherung der Pflege wird derzeit gearbeitet. Informationen zum Pflegegeld gibt es online oder beim Pflegetelefon unter 848 800 277. **ck**

Youth App zur Europawahl

Infos zur EU-Wahl für Jugendliche. Die Youth App ist eine Informations-App für junge Menschen zwischen 15 und 25 Jahren in ganz Südtirol. Sie ist zweisprachig und beinhaltet viele jugendrelevante Themen. Gemeinsam mit dem Südtiroler Jugendring wurde das Projekt „deinewahl.it | iltuovoto.it“ erarbeitet, mit dem die Südtiroler Jugend zu den Themen Wahlen und Demokratie sensibilisiert werden soll. Nach den Landtagswahlen 2023 gibt es nun auch ein Projekt zu den anstehenden EU-Wahlen: Auf der Webseite und in der Youth App gibt es Informationen, Videos und interaktive Inhalte zur Europawahl – einfach, neutral und speziell für junge Wählerinnen und Wähler. Außerdem werden Jugendliche in Workshops auf die Wahl vorbereitet. **mpi**



Foto: Youth App

Die Südtiroler Youth App sensibilisiert zu den anstehenden EU-Wahlen.

Mobbing an Schulen stoppen

„BattBull“ gegen Mobbing. Eine konkrete und nützliche Antwort auf das Problem des Mobbing und Cybermobbing an Schulen ist die neue App „BattBull“. An ihrer Entwicklung arbeitet eine neunköpfige Schülergruppe der Wirtschaftsfachoberschule „Cesare Battisti“ in Bozen. Es handelt sich um eine dreisprachige Anwendung zur Erkennung, Vorbeugung und Bewältigung von Mobbing- und Cybermobbing-Situationen im schulischen Kontext. Bei der Erstellung des Logos wurde mit künstlicher Intelligenz gearbeitet. Für die Programmierung des Backends wurden Programme genutzt, die von IT-Dienstleistungsunternehmen verwendet werden. Zudem kamen Grafik-Tools zum Einsatz. Die App ermöglicht es den Nutzenden, Meldungen anonym zu machen, indem diese einfach über ihr Schulkonto auf die App zugreifen. Die Kontoinformationen sind für die Anti-Mobbing- bzw. Anti-Cybermobbing-Gruppe der Schule nicht sichtbar, werden aber in einer Datenbank gespeichert, so dass Schulleitung oder Polizei bei Bedarf darauf zurückgreifen können. Ziel ist es, die App nach Abschluss der Testphase allen Südtiroler Schulen zur Verfügung zu stellen, um Aggressionen und Aggressionspotential an Schulen zu erkennen. **tl**



An der Wirtschaftsfachoberschule „Cesare Battisti“ in Bozen wurde die neue App „BattBull“ entwickelt.



Der Schutzwaldpreis 2024 in der Kategorie Presse ging an die Borkenkäfer-Kampagne.

Preis für Borkenkäfer-Kampagne

Sensibilisierungskampagne überzeugt. In Schaan in Liechtenstein wurde auch heuer wieder der Alpine Schutzwaldpreis vergeben: In der Kategorie „Presse“ gewann die Kampagne „Gut informiert gegen den Borkenkäfer – Hinschauen und handeln!“. Das Borkenkäfer-Projekt ist – neben „1.000 Bäume ... Entwurzelt? Verwurzelt und vernetzt!“ in der Kategorie Schulprojekte – eines von zwei Südtiroler Projekten, die für den Schutzwaldpreis – ein Gemeinschaftsprojekt der Versicherung Helvetia und der Arbeitsgemeinschaft Alpenländischer Forstvereine (ARGE) – nominiert worden waren. „Das humoristische Video mit Thomas Hochkofler war ein neuer Ansatz im Zuge einer breiteren Sensibilisierungskampagne mit Informationsabenden, eigenen Förderprogrammen und neuer Homepage“, sagt Günther Unterthiner, Direktor der Abteilung Forstdienst. „Es war eine Gratwanderung, dieses ernste und komplexe Thema nicht belehrend, sondern mit einem Augenzwinkern und gleichzeitig informativ zu vermitteln“, sagt Claudia Messner, Direktorin der Agentur für Presse und Kommunikation. **uli**

 Link zum Video mit dem Schauspieler Thomas Hochkofler „Gemeinsam gegen den Borkenkäfer“



Text Monika Pichler

Europa noch näher

Viel Geld fließt von der EU in Südtirols
Regionalentwicklung. Weit wichtiger
ist, was davon bleibt: Innovation in
Strukturen und in Köpfen.

◀ Die Europäische Union bietet
im Rahmen ihrer Kohäsionspolitik
viele Chancen auch für Südtirol –
über Finanzierungen ebenso wie
über Anreize zur Innovation.

Am Deutschnonsberg in der Kofler Oskar KG dreht sich alles ums Rundholz. Das Unternehmen, das sich auf Holzhandel, -transport und -verarbeitung spezialisiert hat, verfügt über verschiedene Lagerplätze, die in ganz Südtirol verteilt sind. „Um den Frächtern die genaue Positionierung der Lager und Infos zum gelagerten Rundholz mitteilen zu können, haben wir uns auf die Suche nach einer Lösung gemacht“, berichtet Inhaber Martin Weiss, der auch lvh-Ortsobmann von Unsere Liebe Frau im Walde-St. Felix ist. Fündig geworden ist er beim EU-Projekt „techParcour 2024“, das im Februar im NOI Techpark stattfand. Über das Sensing Technologies Lab der Freien Universität Bozen wurde er auf eine technologische Lösung auf Mikrochip-Basis aufmerksam. „Sie sieht vielversprechend aus“, ist Weiss zuversichtlich.

Regionalentwicklung im Fokus. Die Mini-Messe „techParcours“ wurde organisiert vom Wirtschaftsverband Handwerk und Dienstleister lvh und ist Teil des Interreg Italien Österreich-Projekts

35 Millionen Euro stehen für Maßnahmen gegen den Schulabbruch für Südtirols Schulen bereit: Sie stammen aus dem Europäischen Sozialfonds Plus.

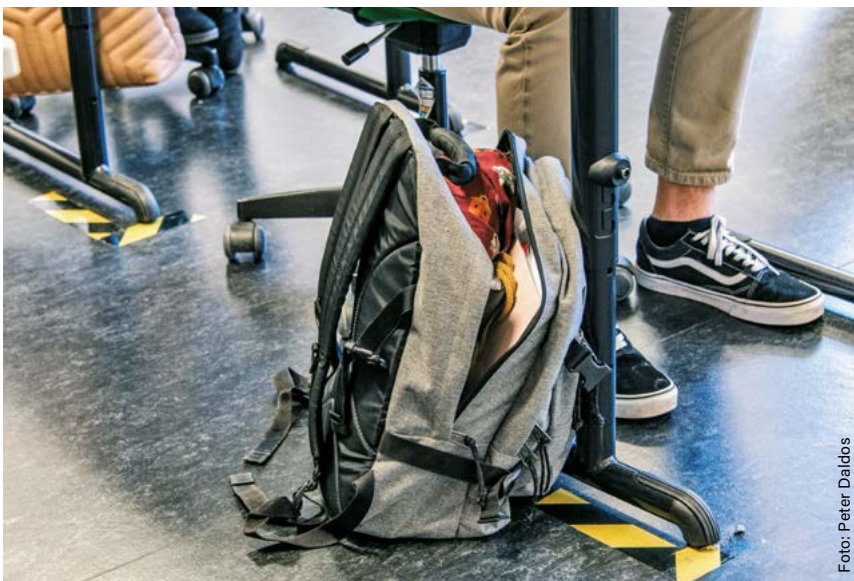


Foto: Peter Daidos

SUNrise. SUNrise richtet sich an motivierte Unternehmensnachfolgerinnen und -nachfolger im Handwerkssektor mit dem Ziel, ihnen geeignete Werkzeuge für nachhaltige Geschäftsmodelle bereitzustellen. Es ist ein Beispiel für die Chancen, die die Europäische Union für Südtirol und die Entwicklung dieses Landes bietet.

Den Überblick über die Vielfalt an Unterstützungsangeboten hat Martha Gärber, Direktorin der Landesabteilung Europa: „Das Motto lautet: Europa noch näher. Konkrete Hilfe für ein noch näheres Europa gibt es von den EU-Förderprogrammen im Rahmen der Kohäsionspolitik der Europäischen Union.“ Doch was ist damit gemeint?

Mit ihrer Kohäsionspolitik will die Europäische Union wirtschaftliche und soziale Unterschiede in den europäischen Regionen durch gezielte Investitionen ausgleichen. Ziel ist es, den Zusammenhalt innerhalb der EU zu stärken und den Wohlstand in allen Teilen Europas anzugleichen und dauerhaft zu sichern. Dazu hat die EU eine Reihe von Instrumenten eingerichtet, zum Beispiel die Europäischen Strukturfonds: Sie stellen Geldmittel für Projekte bereit, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung der Lebensqualität, zur Bekämpfung des Klimawandels, zur Förderung von Innovationen, zur Unterstützung von Klein- und Mittelunternehmen und vielem mehr beitragen.

Konkret auf Südtirol bezogen bedeutet das, dass über die Europäischen Strukturfonds sehr viel Geld in Südtirols Regionalentwicklung fließt. Denn mit diesen Geldern werden die Programme Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), Europäischer Sozialfonds Plus (ESF+), die Programme für die grenzübergreifende Zusammenarbeit (Interreg VI-A Italien-Österreich und Interreg VI-A Italien-Schweiz) und das Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum finanziert.

Wohlstand sichern. „Diese EU-Mittel sind strategisch, damit wir unseren Wohlstand auch in Zukunft halten kön-

„Die EU-Mittel sind strategisch, damit wir unseren Wohlstand auch in Zukunft halten können.“

Martha Gärber,
Direktorin der Landesabteilung Europa

3 Fragen an ...



Foto: Fabio Brucchi

Martha Gärber,
Direktorin der
Landesabteilung Europa

Was macht die EU für Südtirol?

Europa gibt uns wichtige strategische Chancen, um Anteil an der globalen Entwicklung zu haben. Das ist für Südtirols Regionalentwicklung unheimlich wertvoll. Es geht nicht um Standardförderungen, sondern um Innovation und Pilotmaßnahmen. Wir können Neues ausprobieren und damit das Land voranbringen.

Die EU steht für die Vergabe von Geldmitteln, aber nicht nur.

Europa kann sicherlich nicht alles. Ein Territorium, das sich ausgewogen weiterentwickelt, schafft es aber leichter, den sozialen Frieden zu wahren. In diesem Sinne sind wir vor allem präventiv tätig. Europa ist eine Gemeinschaft von Demokratien und seit jeher ein Friedensprojekt. Das macht Europa aus und prägt uns.

Der Zugang zu den Strukturfonds ist nicht immer einfach.

Es stimmt, dass hohe Standards verlangt werden. Wir veröffentlichen in regelmäßigen Abständen Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen. Jeder Fonds verfügt über unterschiedliche Antragsverfahren. Ein gutes Maß an Bürokratie ist auch eine Garantie dafür, dass der Zugang zu den Fördermitteln transparent bleibt und effektiv die besten Projekte gefördert werden. **mpi**

nen“, ist Abteilungsdirektorin Martha Gärber überzeugt. „Sie sind nicht kurzfristig angelegt, sondern kommen allesamt mittel- und langfristigen Projekten zugute. Das ist ihre Stärke.“

So erhält Südtirol im Programmzeitraum 2021 bis 2027 245 Millionen Euro aus dem EFRE, aus dem ESF+ fließen im selben Zeitraum 150 Millionen Euro nach Südtirol. Für Interreg VI-A Italien-Österreich stehen – im gesamten Programmgebiet – im Zeitraum 2021-27 immerhin 91 Millionen Euro zur Verfügung, für Kooperationsprojekte zwischen Italien und der Schweiz (Interreg VI-A Italien-Schweiz) 102 Millionen Euro. Für die ländliche Entwicklung schließlich sind in den Jahren 2023-2027 Investitionen in der Höhe von 325 Millionen Euro in Südtirol vorgesehen.

Investitionen in Infrastruktur und in Köpfe. Während bei den vom EFRE geförderten Projekten Investitionen in Innovation und Nachhaltigkeit sowie in die strukturelle Anpassung und wirtschaftliche Entwicklung im Mittelpunkt stehen (siehe Seite 16 bis 18), geht es bei den Projekten des ESF+ um besondere Personengruppen: um Jugendliche, Menschen mit Migrationshintergrund, benachteiligte Personen oder Menschen auf der Suche nach neuen Bildungswegen. „Hier stehen die Investitionen ins ►

EUROPE DIRECT

Südtirol ist die Verbindungsstelle zwischen der Bevölkerung und der Europäischen Union und bietet einen einfachen, kostenlosen und persönlichen Zugang zu den Informationen rund um die EU.



EUROPE DIRECT Südtirol
Gerbergasse 69, Bozen
Tel. +39 0471 413100
E-Mail: europedirect@provinz.bz.it

Mo–Fr 9–12 Uhr, Do 8.30–13
und 14–17.30 Uhr



Die Unterstützung der Europäischen Union bringt viele Vorteile für Südtirol



Die Finanzierungsmöglichkeiten im Überblick

► soziale Gefüge im Fokus, der Beitrag zur Entstehung einer inklusiven Gesellschaft“, erklärt Martha Gärber. „Der Grundgedanke ist, dass es neben der wirtschaftlichen, auch eine ausgewogene soziale Entwicklung braucht, um den Wohlstand halten zu können.“ Ziel sei es, alle mitzunehmen.

Das ist auch bei den Maßnahmen gegen den Schulabbruch der Fall. Italien gehört auf europäischer Ebene zu den Ländern mit dem höchsten Prozentsatz an Schulabbrechern. In Südtirol liegt die Abbruch-Quote sogar noch über dem nationalen Schnitt: Laut Landesstatistikinstitut ASTAT erreichten im Jahr 2022 hierzulande 13,5 Prozent der 18 bis 24-Jährigen keinen Sekundarabschluss. Genau da setzt der Europäische Sozialfonds Plus an: Unter dem Motto „Drop out is out“ werden im laufenden Schuljahr an rund 120 Südtiroler Schulen Maßnahmen zur Verringerung des Schulabbruchs und zur Verbesserung der Schlüsselkompetenzen umgesetzt. Insgesamt 35 Millionen Euro stehen für deutsche, italienische und ladinische Schulen für die beiden Schuljahre 2023/2024 und 2024/2025 bereit. „Wenn wir versuchen, Jungen und Mädchen zu ermutigen, heute einen Abschluss zu erwerben, erhöhen wir ihre Chancen auf eine angemessene Beschäftigung in der Zukunft“, unterstreicht Claudia Weiler, Direktorin des Landesamtes für den Europäischen Sozialfonds, die Bedeutung dieser Maßnahme.

Grenzen überwinden. Neben der heimischen Wirtschaft und Gesellschaft profitieren vor allem auch Südtirols Grenzgebiete von den EU-Fördermitteln. Konkret greifbar wird das etwa am praktischen Fahrplanheft mit grenzüberschreitenden Bus- und Bahnverbindungen im Dreiländereck im Oberen Vinschgau. Aber auch ganz im Osten des Landes rücken dank Fördergeldern das Hochpustertal und Osttirol zusammen: Ein grenzübergreifender Themensteig, der Sexten und Sillian über den Ausichtsberg Helm verbindet, wurde bereits umgesetzt. Nun soll mit dem „Kulturprojekt offenes Helmhaus“ ein Ort des Austausches dazukommen.

In beiden Fällen handelt es sich um CLLD-Projekte. CLLD steht für „Community-led local development“: Gemeinden können in Selbstverantwortung Regionalentwicklung auf lokaler Ebene gestalten, und zwar grenzübergreifend. CLLD-Projekte werden im Rahmen des Interreg-Programms Italien-Österreich und einzigartig in Europa über Staatsgrenzen hinweg gefördert und bergen viel Potential. „Mit Terra Raetica (Oberer Vinschgau), Wipptal und Dolomiti Live (Hochpustertal) gibt es gleich drei solcher Gebiete mit Südtiroler Beteiligung“, erklärt Abteilungsdirektorin Gärber. „Hier wächst etwas, was vor Ort Sinn macht und dazu beiträgt, die Projektgebiete zukunftsfähig zu machen und starke lokale Akteure vor Ort zu halten.“ Und hier – ist sie sich sicher – wird Europa besonders stark spürbar. ■

Projekte, die die grenzübergreifende Zusammenarbeit fördern, wie jenes am Helm im Hochpustertal, sind Gegenstand der Interreg-Programme.

„Drop out is out“

Am Freitag, 31. Mai 2024 findet im Innenhof des Palais Widmann (Landhaus 1), Silvius-Magnago-Platz 1 in Bozen von 9 bis 13 Uhr eine Veranstaltung zu den ESF+-geförderten Maßnahmen gegen Schulabbruch in den Südtiroler Schulen statt. Die Veranstaltung ist kostenlos und steht allen Interessierten offen.



Weitere Informationen zum ESF+ gegen Schulabbruch



Foto: ÖAV Sektion Sillian

Pnrr in Südtirol

Auf dem Südtiroler Landesgebiet werden innerhalb 2026 zahlreiche Projekte mit Pnrr/ Pnc Mitteln realisiert.

Im Monitoring der Taskforce des Landes zum staatlichen Plan für Wiederaufbau und Resilienz (Pnrr) scheinen Anfang April 2024 1.809 genehmigte Projekte für einen Betrag von 644,9 Millionen Euro auf. Zugewiesen wurden insgesamt 855,1 Millionen Euro. Die Gesamtsumme ist gesunken, weil die EU-Kommission im Dezember 2023 eine Änderung des Pnrr verabschiedet hat. Einige Investitionen wurden aus dem Plan herausgenommen und dafür neue Initiativen eingebaut. Die italienische Regierung hat diese Änderungen Anfang März formalisiert. Der Pnrr Italiens umfasst daher aktuell 194,4 Milliarden Euro aus dem Recovery Fund (vorher 191,5 Milliarden Euro) und wird von weiteren 33,2 Milliarden Euro aus einem nationalen Fonds für zusätzliche Investitionen (Pnc) ergänzt.

Digitalisierung, ökologischer Wandel und soziale Inklusion.

Der Pnrr konzentriert sich auf drei strategische Felder, nämlich Digitalisierung, ökologischer Wandel und soziale Inklusion, und ist in sieben Missionen unterteilt: Digitalisierung, Innovation, Wettbewerbsfähigkeit, Kultur und Tourismus; Grüne Revolution und ökologischer Wandel; Infrastruktur für eine nachhaltige Mobilität; Bildung und Forschung; Zusammenhalt und Inklusion, Gesundheit und die neue siebte Mission REPowerEU.

Südtirol setzt als so genanntes Leuchtturmprojekt das Maßnahmenpaket „Simply Digital“ um. Insgesamt werden über 60 Millionen Euro in die Digitalisierung investiert: zum Beispiel für ultraschnelle Netzwerke oder für digitale Plattformen und

M1 Digitalisierung, Innovation, Wettbewerbs- fähigkeit, Kultur & Tourismus	M2 Grüne Revolution & ökologischer Wandel	M3 Infrastrukturen für eine nachhaltige Mobilität	M4 Bildung & Forschung	M5 Zusammenhalt & Inklusion	M6 Gesundheit	M7 REPowerEU
						
1.033 Projekte	567 Projekte	3 Projekte	105 Projekte	23 Projekte	78 Projekte	0 Projekte
108 Mio.€ genehmigte Projekte	298,7 Mio.€ genehmigte Projekte	45,5 Mio.€ genehmigte Projekte	97,1 Mio.€ genehmigte Projekte	33,2 Mio.€ genehmigte Projekte	62,4 Mio.€ genehmigte Projekte	0 Mio.€ genehmigte Projekte
171,1 Mio.€ insgesamt zuge- wiesen	353 Mio.€ insgesamt zuge- wiesen	45,5 Mio.€ insgesamt zuge- wiesen	132,6 Mio.€ insgesamt zuge- wiesen	48,2 Mio.€ insgesamt zuge- wiesen	104,7 Mio.€ insgesamt zuge- wiesen	0 Mio.€ insgesamt zugewiesen

Dienste (Optimierung SPID/CIE, PagoPA). Ebenfalls in der Mission 1, im Rahmen der Initiativen für die Aufwertung und die Neugestaltung historischer Dörfer, werden in Südtirol mit circa 28,2 Millionen Euro Projekte der Gemeinden Stils, Schnals, Enneberg und Salurn finanziert.

Am meisten Geld wird in Südtirol in die **grüne Revolution und den ökologischen Wandel** investiert, nämlich 353 Millionen Euro. Mit etwa 106 Millionen Euro schlägt die Verbesserung der Netzinfrastruktur zu Buche, davon sind 92,5 Millionen Euro für die Klimastabilität des Stromnetzes (Verteilung und Übertragung) bestimmt. Für Projekte zur Eindämmung der hydrogeologischen Risiken stehen 25 Millionen Euro zur Verfügung, während für nachhaltige Mobilität 37,5 Millionen Euro bereitgestellt werden.

132,6 Millionen Euro werden in **Bildung und Forschung** investiert: 66 Millionen Euro für Kinderhorte und Kindergärten, Ganztagsbetreuung, Mensen, Schulsportinfrastrukturen und Sicherheit der Schulbauten;

mit 26,5 Millionen Euro wird die Digitalisierung und technologische Ausstattung der Schulen vorangetrieben, für Innovation und Forschung gibt es 27 Millionen Euro.

Für den Bereich **Gesundheit** stehen insgesamt 104,7 Millionen Euro an Pnrr-Geldern zur Verfügung – 20,7 Millionen Euro fließen in die Modernisierung der digitalen und technischen Ausrüstung der Krankenhäuser, 16,4 Millionen Euro in Maßnahmen für Erdbebensicherheit. Für wohnortnahe Versorgung kommen 14,4 Millionen Euro aus dem Pnrr-Topf. Geld gibt es auch für die elektronische Gesundheitsakte, Telemedizin und Gemeinschaftskrankenhäuser.

Es folgen schließlich Gelder für **Zusammenhalt und Inklusion**, welche in mehrere kleine Projekte investiert werden. Mit 40 Millionen Euro geht praktisch der gesamte Etat zu Gunsten von Infrastruktur und Mobilität an die Bahnprojekte Riggertalschleife und Virgltunnel. Die Mittel für **REPowerEU** werden in den nächsten Monaten zugewiesen. **uli**

insgesamt

1.809 Projekte

644,9 Mio.€ genehmigte Projekte

855,1 Mio.€ insgesamt zugewiesen

Grafik: Task Force PNRR/Abteilung Europa – Stand: April 2024



Text Carmen Kollmann

Südtirol wählt Europa

Über 700 Abgeordnete bestimmen mit, wie sich Europa weiterentwickelt. Mindestens eine Stimme davon sollte auch aus Südtirol kommen. Am 8. und 9. Juni findet die nächste EU-Wahl statt.

Am zweiten Juni-Wochenende heißt es für über 400.000 Bürgerinnen und Bürger in Südtirol: Wählen gehen! Gewählt werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments, die in den nächsten fünf Jahren die Ausrichtung der europäischen Politik mitgestalten und prägen. Brüssel und Straßburg, die Sitze des Europäischen Parlaments, liegen über 700 beziehungsweise über 350 km Luftlinie von Bozen entfernt, wahrgenommen wird die Arbeit des Parlamentes von vielen Bürgerinnen und Bürgern kaum. Und doch wirkt sich Europa auf unseren Alltag aus: „Südtirol ist ein ganz kleiner Teil der Europäischen Union. Aber wenn wir das kleine Südtirol mit der großen EU in Verbindung setzen, sehen wir, dass die Einflussmöglichkeiten relativ groß sind: Wir haben einen Parlamentarier in Brüssel, sind im Ausschuss der Regionen vertreten. Unsere Einflussmöglichkeiten sind unterm Strich größer

als unser Größenverhältnis zur Union“, sagt Walter Obwexer, Professor für Völker- und Europarecht an der Universität Innsbruck und Mitglied des EU-Beirates der österreichischen Bundesregierung im Podcast des Online-Portals Barfuss im Juli 2023. So gesehen haben die Südtiroler Wählerinnen und Wähler einen verantwortungsvollen Auftrag zu erfüllen, wenn sie am 8. und 9. Juni darüber entscheiden, wer in den kommenden fünf Jahren Südtirol im Europäischen Parlament vertreten wird.

Was ist das Europäische Parlament?

Das Europäische Parlament übt zusammen mit dem Rat der Europäischen Union die gesetzgebende Gewalt aus. Es kann daher Gesetze erlassen, die viele Bereiche des Lebens in der Europäischen Union wie Wirtschaft, Armutsbekämpfung, Umweltschutz und Sicherheit, beeinflussen. Zudem übt das Parlament die demokratische Kontrolle

◀ Südtirols Interessen werden auch im Europäischen Parlament (im Bild das Parlamentsgebäude in Straßburg) vertreten, am 8. und 9. Juni entscheiden die Wählerinnen und Wähler über dessen künftige Zusammensetzung.

► über alle EU-Institutionen aus, besonders auch gegenüber der Europäischen Kommission. Die Kommission ist die exekutive Gewalt und somit mit einer Regierung vergleichbar. Das Europäische Parlament muss den Mitgliedern der Kommission und deren Tätigkeit zustimmen. Das Parlament genehmigt den EU-Haushalt und prüft, wie die Mittel verwendet werden. Es besteht derzeit aus 705 Abgeordneten, wovon 76 aus Italien kommen. Organisiert sind die Abgeordneten – ähnlich wie in staatlichen Parlamenten oder wie auch im Südtiroler Landtag – in Fraktionen, deren Mitglieder sich länderübergreifend nach ihrer politischen Herkunft zusammenschließen. Vertreten werden damit circa 500 Millionen Menschen aus 27 Ländern. Die Reden in den Plenarsitzungen werden simultan in alle 24 Amtssprachen der EU übersetzt.

Südtirol wählt am 8. und 9. Juni. Bereits seit 1979 werden die Mitglieder des Europäischen Parlaments in allgemeinen unmittelbaren Wahlen gewählt. Eine Legislaturperiode dauert in der Regel fünf Jahre. Gewählt wird nach dem Verhältniswahlssystem: Das heißt die Wählerin

und der Wähler geben ihre Stimme einer Liste, die Sitze werden danach aufgrund der Stimmenstärke der Listen zugeteilt. Zudem können Wählende in Italien bis zu drei Vorzugsstimmen für Kandidatinnen und Kandidaten abgeben. Ausgenommen hiervon sind Listen der sprachlichen Minderheiten, die sich mit gesamtstaatlichen Parteien zusammenschließen (müssen), um die Hürde von 4 Prozent gewonnener Stimmen überwinden zu können. Damit ein Südtiroler oder eine Südtirolerin über eine Liste der Sprachminderheiten gewählt werden kann, benötigt er oder sie mindestens 50.000 Vorzugsstimmen.

Warum wählen gehen? Wie bei allen Wahlen geht es auch bei der Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlamentes um ein demokratisches Grundrecht. Nur wer wählt, kann mitbestimmen, wer künftig über zukunftsgerichtete, wichtige Fragen entscheidet. Denn die gewählten Mitglieder des Parlaments haben die Pflicht, sich für die Interessen ihrer Wählerschaft einzusetzen, wenn sie gemeinsam mit den anderen EU-Institutionen europäische Rechtsvorschriften ausarbeiten, heißt es in einem Infoflyer ►

Wann, wo und wie wird gewählt?

In Italien, und damit auch in Südtirol, sind die Wahllokale am Samstag, 8. Juni von 15.00 bis 23.00 Uhr und am Sonntag, 9. Juni von 7.00 bis 23.00 Uhr geöffnet. Wahlberechtigt sind alle volljährigen Bürgerinnen und Bürger mit einer EU-Staatsbürgerschaft, die im Wählerverzeichnis der Gemeinde eingetragen sind. Die Stimmabgabe erfolgt durch das Ankreuzen einer bevorzugten Liste, die im Wahlkreis kandidiert. Südtirol gehört zum Wahlkreis Nord-Ost (gemeinsam mit der Nachbarprovinz Trient, Venetien, Emilia-Romagna und Friaul-Julisch-Venetien).



Informationen zur
Europawahl 2024



Informationen zur
Europawahl 2024 in
Südtirol



Für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments sind die Wahllokale in Südtirol am 8. Juni von 14 bis 22 Uhr und am 9. Juni 2024 von 7 bis 23 Uhr geöffnet.



Alle Infos zur Europa-
wahl in Leichter
Sprache von People
First Südtirol



Foto: Europäisches Parlament/Philippe Strmweis

► zur Europawahl. Wie sich diese europäischen Vorschriften und Vorgaben in Südtirol auswirken, zeigt die Titelgeschichte dieser *nëus*-Ausgabe auf den Seiten 6 bis 10 auf. Die Direktorin der Landesabteilung Europa, Martha Gärber, umschreibt es im eingangs zitierten Podcast folgendermaßen: „Wir haben unsere Baustellen, wo wir strategisch mit den europäischen Ressourcen und Chancen, die uns Europa bietet, daran arbeiten können.“ Als konkretes Beispiel nennt Gärber dabei das Thema Schulabbruch und die damit verbundenen Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds Plus (siehe Seite 10). Wie viele Geldmittel in die jeweiligen Förderfonds gelangen, darüber entscheidet auch das Europäische Parlament. Und somit auch Südtirols Wählerinnen und Wähler, die am 8. oder 9. Juni ihr Wahlrecht nutzen und eine Südtiroler Vertretung in das Europäische Parlament wählen. ■

Das Europäische Parlament besteht derzeit aus 705 Abgeordneten aus 27 Ländern. Bei den Plenarsitzungen wird in 24 Sprachen simultanübersetzt.

„Unsere Einflussmöglichkeiten sind unterm Strich größer als unser Größenverhältnis zur Union.“

Walter Obwexer,
Professor für Europarecht
an der Universität Innsbruck

Text Maja Clara

Lebensraum sichern



Wie Gelder aus dem Europäischen Fonds
für regionale Entwicklung EFRE in der Agentur
für Bevölkerungsschutz eingesetzt werden.
Zwei Beispiele.

„Ziel des Interreg-Projektes X-RISK-CC ist es, ein besseres Verständnis der komplexen und langfristigen Auswirkungen und Risiken von Extremwetterereignissen zu erhalten.“

Willigis Gallmetzer,
Direktor des Landeswarnzentrums
in der Agentur für Bevölkerungsschutz

Bauleiter Stefan Ghetta vom Landesamt für Hydrologie und Stauanlagen freut sich: Seit Ostern wird die Pegelmessstelle am Eisack in Bozen erneuert. Mitfinanziert wird die neue Messstelle mit Geldern aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung EFRE Priorität 2 - „Green: der Klimaveränderung entgegenwirken“ des Zeitraums 2021 bis 2027.

Projektion in die Zukunft. Das Monitoring der Pegelmessstationen ist auf einen langen Zeitraum angelegt: So erfolgen Änderungen des hydrologischen Abflussverhaltens in einem Einzugsgebiet sehr langsam. Diese Änderungen sind nicht nur klimabedingt, sondern können durch eine technologische Umstellung bei der Bewässerung oder den Anbau anderer Kulturarten hervorgerufen werden. Ebenfalls nur langsam zeigen sich die Auswirkungen von eventuell getroffenen Gegenmaßnahmen: Hier sind langjährige Beobachtungszeiträume wichtig, um natürliche Schwankungen der Wasserführung von anderen Effekten unterscheiden zu können,

berichtet Ingenieur Stefan Ghetta: „Mit unseren Pegelmessstellen wird auch eine Projektion in die Zukunft ermöglicht: Aus dem Anteil von Schmelzwasser von Gletschern am Gesamtabfluss können wir Rückschlüsse ziehen, mit welchen Änderungen des charakteristischen Abflussverhaltens in Zukunft zu rechnen sein wird. Der Rückgang der Gletscher wird zu einem Rückgang der Wasserführung im Zeitraum der Schnee- und Eisschmelze führen.“ Dieser Prozess wird sich über Jahrzehnte erstrecken. Auch durch den Anstieg der Null-Grad-Grenze ist im Winter mit weniger Schnee und mehr Regen zu rechnen. Dies bedeutet, dass es nicht zwangsläufig eine signifikante Veränderung an der mittleren jährlichen Wasserführung geben muss, sondern die Verteilung des Abflusses im Verlauf des Jahres kann sich in Zukunft deutlich von der gegenwärtigen unterscheiden.

50 Messstellen. Die Pegelmessstelle am orografisch linken Ufer des Eisacks in Bozen kurz vor dem Zusammenfluss mit der Etsch besteht seit über 20 Jahren: Bei der Inbetriebnahme Ende 2003 wurden anfangs nur die Pegelstände gemessen, berichtet Bauleiter Stefan Ghetta. Ende August 2009 wurde mit Unterstützung der Berufsfeuerwehr eine Seilkrananlage für die Abflussmessungen eingebaut, im Jahr 2017 kam das Schwebstoffmonitoring dazu. Nun wird das alte Pegelhaus, das auf einer Tragstruktur aus Stahl aufgesetzt wurde, durch ein neues, größeres Pegelhaus ersetzt. Dieses wird in der neuen modularen Bauweise im Corporate Design der Agentur errichtet.

Seit bald 50 Jahren betreibt die Landesagentur für Bevölkerungsschutz ein landesweites Pegelmessnetz mit insgesamt rund 50 Messstellen zur Überwachung der Fließgewässer in Südtirol, 17 davon mit EFRE-Geldern (siehe Info S. 18). Viel Wasser ist seitdem die Flüsse hinuntergeflossen. Viele Wetterereignisse sind durch das Land gezogen.

Anpassung an Extremwetterereignisse. Es war der 16. August 2021, als am späten Nachmittag nach ►

◀ Mit EFRE-Geldern finanziert: Die Pegelmessstation an der Drau in Winnebach.

Nach einem heftigen Gewitter über dem Pflerschtal hat im August 2021 eine Mure am Toffringbach den Pflerscherbach verlegt (im Bild): Dieses Ereignis ist Untersuchungsgegenstand des Interreg Alpenraum-Projektes X-RISK-CC.



► einem heftigen Gewitter über dem Pflerschtal eine Mure am Toffringbach den Pflerscherbach verlegte und die benachbarten Gebäude überflutet wurden.

Dieses Ereignis ist Untersuchungsgegenstand des Projektes X-RISK-CC, eines Interreg Alpenraum-Projektes, bei dem es um die Anpassung an Extremwetterereignisse und damit verbundene Risiken auch im Kontext des Klimawandels geht. „Ziel ist es, ein besseres Verständnis der komplexen und langfristigen Auswirkungen von Extremwetterereignissen insbesondere aufgrund von Kaskadeneffekten zu erhalten, wobei speziell fünf Pilotgebiete untersucht werden“, erläutert der Direktor des Landeswarnzentrums Willigis Gallmetzer: Für Südtirol ist ein Pilotgebiet das Pflerschtal, das durch das Murgangereignis große Schäden zu verzeichnen hatte. Das Landeswarnzentrum koordiniert die Aktivitäten für die Analysen und Studien.

Besserer Umgang mit Naturrisiken. Das Unwetterereignis wird von der Wetterprognose und der Warnung über

die Einsatzabwicklung bis hin zur Ereignisbewältigung und zu den Folgemaßnahmen rekonstruiert und besprochen, erläutert Carmen Lageder, Mitarbeiterin im Landeswarnzentrum und verantwortlich für das Projektmanagement. Darauf aufbauend werden positive Aspekte im Umgang mit diesem Extremereignis hervorgehoben, aber auch Schwächen oder Defizite benannt und es werden mit allen Akteuren Maßnahmen zur Verbesserung des Umgangs mit Naturrisiken definiert.

Die Agentur für Bevölkerungsschutz ist Partner des Projektes X-RISK-CC, Leadpartner ist Eurac Research, mitbeteiligt sind auch das Trentino und die Wildbachverbauung des Landes Tirol sowie sechs Partner aus Slowenien, Frankreich, Deutschland und Österreich. Finanziert wird das Projekt X-RISK-CC über das Programm „Interreg Alpine Space 2021-2027“.

Die Klimaveränderung beobachten, der Klimaveränderung entgegenwirken: Das erfolgt auch mit Geldern aus dem EFRE. Zum Schutz der Bevölkerung. ■

Mit EFRE-Geldern finanziert. Mit Mitteln der EFRE-Programme 2007-13 sowie EFRE 2014-2020 finanziert hat das Landesamt für Hydrologie und Stauanlagen in der Agentur für Bevölkerungsschutz Pegelmessstellen an der Etsch in Salurn, an der Etsch in Sigmundskron, an der Talfer in Bozen, an der Falschauer in Lana, an der Passer in Meran, an der Etsch in der Töll, an der Etsch in Eyrs, am Rambach in Laatsch, am Eisack in Brixen, am Eisack in Sterzing, am Mareiterbach in Elzenbaum, an der Rienz in Vintl, an der Gader in Montal, an der Ahr in St. Georgen, an der Ahr in Kematen, an der Drau in Winnebach. Und jetzt wird die Pegelmessstelle mit Mitteln des EFRE-Programms 2021-2027 am Eisack in Bozen erneuert.

Da passa 75 ani incà l sistem paritetich te scola

Tla valedes ladines dolomitiches, che ie do la rata desman, se muova la scola bele da giut incà tl raport de tension danter l naziunism talian y chël tudësch, cun descusions contraverses. Cieche ie segur ie che n ne à mei cunsidrà sun misura i bujens y la rejons dla pitla mendranza ladina.

Na prima pruposta per na scola paritetica ladina ie unida fata da na pitla grupa de zitadins che univa ora dal ciamp dla scola y dl'aministrazion, che se à ancuntà tl 1945 a Picolin. Ai 27 de agost dl 1948 iel unì dat ora na urdenanza dal minister talian Guido Gonella, cun chël che l nasciova l model de scola paritetich tla scola elementera de Gherdëina y dla Val Badia.

Pra l model paritetich, vën una na pert dl nseniamënt fat per talian, l'otra pert per tudësch. Permò do l ann 1948 vën la ru-

jeneda ladina tēuta ite tl nseniamënt. Tl prim fōvel mé puecia ēures al ann. Chēs model de scola dassova fé avēi n balanž danter la rujenedes de nseniamënt talian y tudësch y dé tl medemo mumēt n cuntribut per l mantenimēt y svilup dla rujeneda y cultura ladina. L manejamēt cris ora se à desmustrà drēt: ti passa 75 ani passei iel unit a s'l dé na didatica plurilinguala particulera, che porta a na cumpetēza scialdi granda pra la sculēes y i sculeies, coche l vën nce for inò desmustrà da evaluazions periodiches.

La scola paritetica à dal ann 1975 incà na si Ntendēza. Per la furmazion di nsenianc y dla nseniantes de rujeneda ladina iel unì metù su tl ann 1988 pra la Università Liedia de Bulsan na repartiżion a pert tla struttura dla Scienzes de Furmazion a Persenon. Do l ann 2018 ie la Direzion de Furmazion y de Cultura Ladina unida urganiseda da nuef cun si repartiżions y ufizies, for cun la finamira dan ai uedli de ti jì ancontra l plu che la va ai bujens furmatifs tla valedes ladines y njeniē ca material adatà. La scoles autes tla valedes ladines ie al mumēt la sēules tla provinzia de Bulsan che ie bones de njeniē ca si sculeies per l niveau C1 dl ejam de trilinguism.

L assessēur ladin per la scola di luesc ladins lauda duta chēles y duc chēi che à laurà y lēura tl ciamp dla scola, dantal-dut per si gran mpēni: „Cun Vosc lēur à la scola arjont l livel che la à ncuei, n ejēmpl dl multilingualità vivuda, che njēnia ca la junanza per l daunì. Da ora decà nes cēli cun gran marueia y cuns-cidrazion!“ [san/dl](#)

Ti plu che 75 ani passei ie la scoles di luesc ladins dla Provinzia de Bulsan diventedes ejēmpli de multilinguism vivù.

ITE Raetia de Urtijëi y sport: majeri cuntribuc

La Jonta provinziela à deliberà de auzé la soma che vën paieda ora per uni sculé y uni sculea dl ITE Raetia de Urtijëi cun azēt sun l sport. „L vën ratà che l vede debujēn de auzé l cuntribut che vën paià ora per uni sculé, iel pu dal 2018 incà uni ann deplù iscrizions,“ dij l assessēur cumpetēt Daniel Alfreider: „La va de ti vester da ann a ann ai custimēnc, danter l auter per tò a fit i purtoies.“

„Per la planificazion da pert dl ITE Raetia iel mpurtant che n posse giapé l finanziaimēt tres n cuntribut urdiner, per ne depēder nia uni ann da n cuntribut straordiner,“ nscila la Ntendēta Edith Ploner.

Sezion dal sport cun n cunzet de urganisazion nuef. Na nuvità: cun la Sezion dal Sport dl ITE Raetia de Urtijëi – che se tlama ntant ufizialmēter Ski College – iel la cunlau-razion cun duta la lies dal sport dla valeda, nia mé cun l Schi Club Gherdëina: per jēunes y jēuni dla lies che fej pea pra l pruiet iel l mesun fé doi iedesc al'ena alenamēt cun si lia, bele danmesdì. [mac/dl](#)



Foto: Oskar Verant

Text Anselmo Niglio und Patrick Urru **Übersetzung** Carmen Kollmann **Fotos** Greta Stuefer

Gesicherte Erinnerungen



Bozen verfügt über einen einzigartigen Schatz der Erinnerung und Identität: das Oral History Archiv der italienischen Landesbibliothek „Claudia Augusta“.

Wenn Zeitzeugen Erlebnisse oder Ereignisse schildern und dies aufgezeichnet wird, entstehen wichtige Dokumente der Oral History. Die italienische Landesbibliothek „Claudia Augusta“ in Bozen kann auf ein umfangreiches Archiv solcher Aufnahmen verweisen: Gestartet wurde dieses ehrgeizige Kulturprojekt 2003 mit wissenschaftlicher Unterstützung des Historikers Giorgio Delle Donne. Mittlerweile umfasst es 170 Interviews mit über 240 Stunden Audio- und Videoaufnahmen. Die ersten 148 Interviews, die von der Bibliothek zwischen 2003 und 2007 gesammelt wurden, bilden den Kern der Initiative.

Lebendige Geschichte. Zu finden sind darin Geschichten aus dem Alltag, reich an Emotionen, die eine rein schriftliche Dokumentation nicht erfassen könnte. Denn der Wert mündlicher Quellen geht über die bloße Schilderung von Ereignissen hinaus. Die Stimme, die Art zu sprechen, dies alles gibt den Ereignissen eine persönliche Dimension. Die Erzählung wird zur „lebendigen Geschichte“, die für künftige Generationen ein wertvolles Zeugnis ablegt. Das Archiv ist eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft: eine Sammlung von Stimmen, Fakten, von der unauflösbaren Verflechtung von Ereignissen, Menschen und Orten. Geschichten, die die italienischsprachige Gemeinschaft in Südtirol geprägt haben.

◀ Das Oral History Archiv der Landesbibliothek „Claudia Augusta“ hat über 240 Stunden erzählte Geschichte(n) gesammelt: Interview Nr. 11 ist ein Gespräch mit Lidia Menapace, Südtirols erster Frau in Landtag und Landesregierung.

Das Oral History Archiv in Bozen ist eine Brücke zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Ein Erbe von europäischer Bedeutung. Zu finden ist beispielsweise ein Gespräch mit Valentin Braitenberg: Der Südtiroler Wissenschaftler und Intellektuelle ist für sein breites Spektrum an Interessen und Beiträgen in den Bereichen Neurowissenschaften, Kybernetik, Philosophie und Biologie bekannt. „Ich war zehn Jahre lang, von 1958 bis 1968, in Neapel am Institut für Theoretische Physik tätig. Ich habe dort eine Forschungsgruppe von Weltruf aufgebaut, die sich mit Studien zu Kybernetik und Informationstheorie befasste. Wir gehörten zu den ersten in Europa, die sich dieser Thematik annahmen“, sagt Braitenberg im Interview Nr. 129 vom 4. Oktober 2005.

Lidia Menapace ist eine Symbolfigur des politischen Engagements und der Gleichstellung der Geschlechter. Ihr Leben und ihre Karriere haben das soziokulturelle Gefüge Südtirols, Italiens und Europas geprägt. „Überall in Europa [...] öffneten die Arbeiter ihre Fabriken und waren außer sich vor Freude, weil sie endlich das produktive Erbe Italiens gerettet hatten“, vertraute Lidia Menapace dem Historiker Giorgio Delle Donne in einem Interview an, das am 11. Mai 2004 im Oral History Archiv hinterlegt wurde.

Carlo Lazzerini, Dozent und Mitarbeiter des Kulturzentrums Centro di Cultura dell'Alto Adige, erzählt von der ständigen Suche nach der Begegnung der italienischen und der deutschen Kultur, im Geiste der Integration und des harmonischen Zusammenlebens: „Nach 1945 beschlossen meine Frau und ich in Südtirol zu bleiben. Ein schöner Ort, hier galt es Brücken zu bauen, dies darf kein Ort des Konflikts sein, sondern muss der Ort des neuen Europas sein“. Lazzerinis weitsichtige Worte stammen aus dem Mai 2004. ▶

► **Stimmen der italienischsprachigen Gemeinschaft.** Und es gibt noch viel mehr Geschichten, die man über dieses sich ständig weiterentwickelnde Projekt erzählen könnte. Denn darin kommen verschiedene Stimmen der italienischen Gemeinschaft in Südtirol zur Geltung. Und sie zeigen Bilder auf von einem Land, in dem es mitten in Europa ein friedliches, mehrsprachiges und multikulturelles Zusammenleben gibt. ■



Alle Informationen zum Oral-History-Bestand und Zugang zu den einzelnen Interviews in alphabetischer Reihenfolge

In der italienischen Landesbibliothek „Claudia Augusta“ in Bozen kann man einen einzigartigen Schatz der Erinnerung und Identität finden.



Die "Claudia Augusta" in Zahlen

Rund 90 kulturelle Initiativen werden von der italienischen Landesbibliothek gemeinsam mit Partnern des Einzugsgebietes organisiert. 30.000 Bücher von lokalem Interesse umfasst der Bestand, insgesamt über 110.000 Medien (Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Videos, Audiobeiträge, digitale Dokumente und eBooks) sind im Katalog erfasst. Jährlich werden 15.000 Ausleihungen und Beratungen vorgenommen, 40.000 Besucherinnen und Besucher zählt die Bibliothek in einem Jahr. Die Landesbibliothek übernimmt zudem eine wichtige Rolle in der Erinnerungskultur, mit dem Oral History Archiv, dem Claudia Augusta-Preis und den besonderen Sammlungen u.a. von Luigi Seravalli, Alba Costamagna und Lidia Menapace.

3 Fragen an ...



Valeria Ersilia Trevisan,
Direktorin der italienischen Landesbibliothek „Claudia Augusta“

Wie werden Pnrr-Gelder, und damit europäische Mittel, von der Landesbibliothek „Claudia Augusta“ eingesetzt? Vor allem zur Digitalisierung des kulturellen Erbes, das viele alte Bücher, Archivbestände, Fotos und Postkarten umfasst. Wir nutzen dabei eine neue gesamtstaatliche Plattform zur Verwaltung und Abfrage digitalisierter Kulturgüter.

Können Sie dazu Zahlen nennen? Wir sprechen von etwa 760.000 digitalen Objekten, das heißt hochauflösende Reproduktionen historischer Dokumente. An diesem Pnrr-Projekt, das bis Ende 2025 läuft, sind vier Landeseinrichtungen beteiligt: die Landesbibliotheken „Claudia Augusta“ und „Dr. F. Tessmann“, das Landesarchiv und das Ladinische Museum Ciastel de Tor.

Besteht eine Zusammenarbeit mit anderen Bibliothekseinrichtungen? Überwiegend agieren wir auf der lokalen Ebene, wir pflegen aber auch Kontakte und Kooperationen mit gesamtstaatlichen und internationalen Bibliothekseinrichtungen. Denn es geht darum, gemeinsam das europäische kulturelle Erbe zu bewahren, es mit einer Technologie, die allen zur Verfügung steht, zugänglich zu machen und durch weitere Projekte aufzuwerten. [an/ck](#)

Zweitsprache verbessern mit Lise

Das ESF-Projekt „Lise“ ermöglicht es Oberschülerinnen und Oberschülern ein ganzes oder halbes Schuljahr an einer italienischen Schule außerhalb Südtirols zu absolvieren.

Der Startschuss für „Lise“ fiel im vergangenen März und leitete die Bewerbungen ein. „Lise“ steht für „Lingua Seconda“ und für ein aus dem Europäischen Sozialfonds mitfinanziertes Projekt, das ab dem kommenden Schuljahr 2024/25 den Erwerb der Zweiten Sprache fördern soll. Jugendliche, die deutschsprachige Oberschulen in Südtirol besuchen, können im Rahmen von „Lise“ das dritte oder vierte Schuljahr oder Halbschuljahr an einer italienischen Schule außerhalb des Landes absolvieren. Jugendliche italienischer Oberschulen haben die Möglichkeit, den entsprechenden Studienabschnitt an einer deutschsprachigen Schule zu durchlaufen. Ladinischen Schülerinnen und Schülern stehen beide Möglichkeiten offen.

Schlüsselkompetenzen fördern und Schulabbrüchen entgegenwirken, das sind zwei der zahlreichen Maßnahmen, mit denen die Europäische Union ihre bildungs- und sozialpolitischen Ziele erreichen will. Für die Finanzierung entsprechender Projekte kann daher der ESF in Anspruch genommen werden. Dies hat die Deutsche Bildungsdirektion für das Projekt „Lise“ getan. In Zusammenarbeit mit der Italienischen Bildungsdirektion und der Ladinischen Bildungs- und Kulturdirektion und mit Unterstützung der Europa-Abteilung des Landes ist es gelungen, das Projekt und die erforderliche europaweite Ausschreibung abzuwickeln. Somit können mit dem Schuljahr 2024/25 zwei von insgesamt vier Aktionslinien umgesetzt werden. Folgen sollen weitere Angebote, die auch für die deutsche und ladinische Berufsbildung geöffnet sind: eine Aktionslinie 3

mit mehrwöchigen Sprachkursen in Italien und die Aktionslinie 4 mit der Möglichkeit, in einem italienischen, privaten oder öffentlichen Unternehmen außerhalb Südtirols Arbeitserfahrungen zu sammeln.

Die erste Aktionslinie richtet sich an Schülerinnen und Schüler der dritten und vierten Klassen der deutschsprachigen und ladinischen Oberschulen, denen ein halbes oder ein ganzes Schuljahr über der Besuch einer italienischen Oberschule außerhalb Südtirols ermöglicht wird. Analog dazu wird mit der zweiten Aktionslinie den Schülerinnen und Schülern der italienischen und ladinischen Oberschulen die Gelegenheit geboten, eine Schule in Deutschland zu besuchen. Vorgesehen sind auch der Besuch von Sprachkursen beziehungsweise die Teilnahme an Sprachzertifikatsprüfungen. Die Kosten für den Aufenthalt werden zum größten Teil über das Projekt finanziert. [jw](#)



Weitere Informationen zum ESF-Projekt „Lise Lingua Seconda“ – Zweitsprache Lise“

Eine Premiere für die deutsche Schule: Auch deutschsprachige Oberschüler und Oberschülerinnen können dank „Lise“ ein ganzes oder halbes Schuljahr lang eine Schule in einer anderen italienischen Region besuchen.



Foto: Peter Daidos

Autonomie neu stärken



Die seit 1992 eingeschränkten Autonomiestandards
wiedererlangen: Das ist das wichtigste Ziel der
aktuellen Landesregierung. Was heißt das konkret?
Ein Erklärungsversuch.

Im Ansatz war die Verfassungsreform von 2001 föderalistisch, in der Interpretation des Verfassungsgerichts wirkte sie sich negativ auf die Autonomien aus.

◀ Autonomie als Grundlage für das Zusammenleben in Südtirol: Neben Fortschritten hat es seit 1992 auch Einschränkungen in den Verwaltungs- und Gesetzgebungsspielräumen des Landes gegeben.

Auf ein Thema hat Landeshauptmann Arno Kompatscher in letzter Zeit so oft hingewiesen, dass auch politisch weniger interessierte Südtirolerinnen und Südtiroler davon gehört haben dürften: die Wiederherstellung jenes Standards autonomer Gesetzgebung und Verwaltung, der 1992 zur Streitbeilegungserklärung von Österreich und Italien vor den Vereinten Nationen geführt hatte. Vor allem nach der Reform von Abschnitt V der Verfassung im Jahr 2001 hatte der Verfassungsgerichtshof durch seine Rechtsprechung immer wieder autonome Zuständigkeiten eingeschränkt.

Positiver Ansatz. Dabei war der Ansatz eigentlich föderalistisch: Dank der Reform können Landes- und Regionalgesetze nun ohne Sichtvermerk des Regierungskommissars in Kraft treten. Die beiden Länder Südtirol und Trentino bilden die Region. Zu ihren Gunsten gibt es eine Besserstellungsklausel. Schließlich sieht eine Umkehrung im Verteilungsmechanismus (Generalklausel) vor, dass alle Bereiche, die nicht ausdrücklich anders genannt sind, in die Gesetzgebungsbefugnis der Regionen beziehungsweise autonomen Länder Südtirol und Trentino fallen.

Negative Wirkung. In der Umsetzung hat sich die Reform allerdings negativ auf die Autonomien ausgewirkt: Viele der nun einzeln aufgelisteten, staatlichen Zuständigkeiten stufte der Verfassungsgerichtshof als „transversale“ Querschnittskompetenzen des Staates

ein: zum Beispiel den Schutz des Wettbewerbs, die Zivilrechtsordnung, das Festlegen der wesentlichen Leistungen im Rahmen der bürgerlichen und sozialen Rechte, die staatsweit garantiert werden müssen; den Umweltschutz oder die öffentliche Ordnung und Sicherheit.

Das alles hat den Gesetzgebungsspielraum des Landes schleichend eingeschränkt und dazu geführt, dass in vielen Bereichen die staatlichen, oft wesentlich bürokratischeren Bestimmungen angewandt werden müssen.

„Die Verfassungsreform von 2001 selbst sieht vor, dass im Anschluss daran auch das Autonomiestatut von 1972 entsprechend anzupassen ist“, erklärt dazu Landeshauptmann Kompatscher: „Zudem hat Ministerpräsidentin Giorgia Meloni in ihrer programmatischen Regierungserklärung am 25. Oktober 2022 von der Notwendigkeit gesprochen, jene Standards, die 1992 zur Streitbeilegung geführt haben, wiederherzustellen.“ Der dafür zu beschreitende Weg sei beim Treffen zwischen Meloni und Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer abgeklärt worden, an dem der Landeshauptmann teilgenommen hat: „Als ersten Schritt haben wir bereits einen Reformvorschlag vorgelegt, der auch die anderen Regionen mit Sonderstatut mit einbezieht.“

Vergabewesen und Raumordnung, aber auch Jagd oder Thermalgewässer. Was würde nun die Wiederherstellung der autonomen Standards ►



New York, 18.6.1992: Die UNO-Botschafter aus Österreich und Italien, Peter Hohenfellner und Vieri Traxler überreichen UNO-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali (r.) die Erklärung zur Streitbeilegung.

► konkret für die Bürgerinnen und Bürger bedeuten? Die Antwort findet man mit einem Blick auf das, was zuletzt alles nicht mehr möglich war: Dies betrifft vor allem viele Südtiroler Gesetze, die aufgrund der Urteile des Verfassungsgerichts derzeit an staatlichen Bestimmungen ausgerichtet sein müssen, statt die Bereiche eigenständig und unter Berücksichtigung der Südtiroler Bedürfnisse zu regeln.

So unterliegt die Ämterordnung samt Personal heute fast zur Gänze staatlicher Regelung. Auch der autonome Handlungsspielraum bei den öffentlichen Vergaben wurde durch die ausschließlichen Kompetenzen des Staates im Zivilrecht und beim Schutz des Wettbewerbs umfassend eingeschränkt und auf Organisationsfragen reduziert. Betroffen sind aufgrund staatlicher Querschnittskompetenzen auch folgende Bereiche: Raumordnung (staatliche Zuständigkeiten: Schutz des Wettbewerbs, Zivil- und Strafrecht, Umweltschutz); Zivilschutz, aber auch Bergbau einschließlich Thermalgewässer, Jagd, Pflanzen- und Tierschutzparke (staat-

liche Zuständigkeit für alle im Umweltschutz, teilweise auch beim Schutz des Wettbewerbs). Nicht zu vergessen sind die Bereiche öffentliche Dienste, Ortspolizei, Berufsordnungen und der Umweltschutz selbst.

Seit Jahren ungelöstes Problem. Das Problem ist nicht neu. Seine Wurzeln reichen sogar vor das Jahr 2001 zurück: Das Autonomiestatut selbst (Art. 8) schreibt vor, dass die autonomen Provinzen „die Grundsätze der Rechtsordnung“ sowie „die grundlegenden Bestimmungen der wirtschaftlich-sozialen Reformen der Republik“ respektieren müssen. Bereits seit den 1990er Jahren hat der Verfassungsgerichtshof diese Schranken durch seine Auslegungen in vielen Urteilen ausgedehnt und so die Spielräume autonomer Gesetzgebung und Verwaltung eingeschränkt. Dieser Tendenz hat man mit spezifischen Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut, die Südtirols Zuständigkeit in den betreffenden Gesetzgebungsbereichen bekräftigten oder extensiv interpretierten, entgegenzuwirken versucht, aber nicht immer mit befriedigenden Ergebnissen. ►

Der Weg zur Reform

3. Oktober 2023. Der Vorschlag zur Änderung des Verfassungsgesetzes für die Regionen mit Sonderstatut und autonomen Provinzen beim Festival der Regionen in Turin wird formell an Ministerpräsidentin Meloni übergeben.

20. Dezember 2023. In Rom findet das erste bilaterale Treffen von Regionenminister Roberto Calderoli mit den Vertretenden der beiden autonomen Provinzen, im Beisein der Präsidenten der paritätischen Kommissionen statt. Vereinbart wurden dabei bilaterale Arbeitsgruppen (Staat – Autonome Provinzen/Regionen): Sie sollen die Regierungsvorlage für einen Verfassungsgesetzesentwurf vorbereiten, wobei der am 3. Oktober überreichte Vorschlag als Verhandlungsgrundlage dient. Die Abänderungen zum Autonomiestatut Trentino-Südtirol werden als erstes behandelt. Vereinbartes Ziel ist, den Text innerhalb Juni 2024 der italienischen Regierung zur Beschlussfassung zu übergeben.

22. Februar 2024. In der Sitzung der Präsidenten der Regionen mit Sonderstatut und Autonomen Provinzen wird Daria de Pretis als gemeinsame technische Delegierte nominiert. **mdg**

► **Der Reformvorschlag.** Lösen lässt sich das Problem nur auf politischem Wege, sprich durch ein Verfassungsgesetz, mit dem das Autonomiestatut der Region Trentino-Südtirol überarbeitet wird. Am Entwurf arbeiten derzeit technische Arbeitsgruppen, die bilateral mit Vertretenden von Staat und autonomen Provinzen besetzt sind.

Der Text soll im Wesentlichen die bereits beschriebenen „Mängel“ beheben. So wird bei der Ämterordnung und deren Personal explizit die autonome Zuständigkeit beim Arbeitsvertrag und den Kollektivvertragsverhandlungen hingewiesen. Was in der Verfassung bisher allgemein „Raumordnung und Bauleitpläne“ heißt, soll künftig vollumfänglich definiert werden – etwa zu übersetzen mit „Regelung des Territoriums, Baurecht, Raumordnung und Bauleitpläne“. Auch beim Vergabewesen wird statt der bisherigen Begrifflichkeit „öffentliche Arbeiten im Interessenbereich der Provinz“ nun die genaue Terminologie der Rechtsprechung verwendet und so der Umfang der autonomen Gesetzgebungsbefugnis detailliert ausgeführt. Bei der Direktberufung von öffentlichen Diensten und ihrer Verwaltung durch Sonderbetriebe wird explizit auf deren Einrichtung, Verwaltung, Arbeitsweise und Regelung verwiesen.

Vorgesehen ist auch die Zuständigkeit beim Umweltschutz, bei der das Land bis 2001 aufgrund anderer primärer Zuständigkeiten eine relativ umfangreiche Gesetzgebung realisiert hatte. Außerdem könnte diese Kompetenz mit Einführung der sogenannten differenzierten Autonomie auch an die Regionen mit Normalstatut übertragen werden. Beim Handel werden explizit die Handelsraumordnung und die Regelung der Öffnungszeiten genannt.

Artikel 103 soll künftig vorsehen, dass das Parlament Verfassungsgesetze, welche die Sonderstatute regeln, nur im Einvernehmen mit den Landtagen und Regionalräten abändern kann. Auch wenn Südtirol dank seiner internationalen Verankerung besser geschützt ist, wäre dies eine wertvolle zusätzliche Absicherung.

In Artikel 104 dagegen soll ein vereinfachtes Verfahren zur Abänderung des Abschnittes VI und der Artikel 13, 30 und 49 des Statuts eingefügt werden. Mit demselben Verfahren soll es möglich sein, weitere Zuständigkeitsbereiche an das Land zu übertragen.

Änderungen in Artikel 107 sollen die paritätischen Kommissionen (6er und 12er Kommission) aufwerten.

Vieles von dem Geschriebenen mag technisch klingen. Sollte das Resultat aber sein, dass die Reform auf politischer Ebene in Rom umgesetzt wird, ginge die Südtirol-Autonomie deutlich gestärkt daraus hervor. ■

Eine Lösung ist nur auf politischem Weg möglich: Mit einer Anpassung des Autonomiestatuts durch ein Verfassungsgesetz.

Der Weg zur Genehmigung

Sollte die italienische Regierung den Änderungsvorschlag zum Autonomiestatut genehmigen, geht es laut Autonomiestatut (Art. 103, Absatz 3) folgendermaßen weiter: Der Vorschlag ist der Region und den beiden Landtagen zu übermitteln, deren Stellungnahme binnen zwei Monaten erfolgen muss. Soweit die Änderungen des Autonomiestatuts Südtirol betreffen, sind sie im Sinne des Pariser Vertrags und der nachfolgenden konsolidierten Staatspraxis auch der

Republik Österreich zu übermitteln. Ebenso wird das Gutachten der 137er Kommission eingeholt. Diese Einholung ist bei Änderungen des Autonomiestatuts zwingend.

Die Genehmigung eines Verfassungsgesetzes zur Änderung des Autonomiestatuts hat laut Verfassung (Art. 138) durch das Parlament zu erfolgen: Vorgesehen sind zwei Genehmigungen mit qualifizierter Mehrheit in beiden Kammern im Abstand von drei Monaten. Aufgrund der Bestimmungen des Autonomiestatuts (Art. 103, Absatz 4) kann in diesem Fall keine Volksabstimmung abgehalten werden. mdg

„Es braucht neue Klarheit“

Warum das Autonomiestatut überarbeitet werden soll und wie sich das auf die Autonomie auswirkt, erklärt die ehemalige Vizepräsidentin des Verfassungsgerichts Daria de Pretis im folgenden Interview.

Sie war Professorin für Verwaltungsrecht und Rektorin der Universität Trient, neun Jahre lang Richterin und zeitweise auch Vizepräsidentin am Verfassungsgerichtshof. Nun ist Daria de Pretis technische Beraterin der Regionen und Provinzen mit Sonderstatut. Im *nëus*-Interview antwortet die profunde Kennerin der Materie auf die Frage, warum und in welchem Umfang es nötig ist, das Autonomiestatut zu überarbeiten.

Professorin de Pretis, sind die Verfassung und das Autonomiestatut durch die Reform von Abschnitt V nicht mehr „auf Linie“? Für die Sonderstatute gilt weiterhin die frühere Logik der Kompetenzverteilung zwischen Staat und Regionen: Sie definieren die Zuständigkeitsbereiche der Region (und der autonomen Länder Trentino und Südtirol) und deren Grenzen, der Rest ist Zuständigkeit des Staates. Das stimmt mit

der ursprünglichen Logik der Verfassung überein, aber nicht mehr mit deren neuer Logik nach der Reform von Abschnitt V im Jahr 2001: Der neue Verfassungsartikel 117 kehrt das Verteilungsprinzip um. Er weist der Region alle Zuständigkeiten zu, die nicht ausdrücklich dem Staat zugeschrieben werden. Die Sonderstatute dagegen funktionieren weiterhin nach dem ursprünglichen Prinzip.

Eigentlich wurden die Zuständigkeiten für die Regionen mit Normalstatut damit klar ausgedehnt. Aber gleichzeitig wurden „transversale“ Bereiche eingeführt, die ausschließlich in staatliche Zuständigkeit fallen und in Artikel 117, Absatz 2 ausdrücklich aufgelistet sind. Diese Bereiche überlappen im Grunde die regionalen Zuständigkeiten. Sie bieten dem Staat weitreichende Möglichkeiten, sich in Querschnittsbereichen wie Umwelt, Zivilrecht oder

freiem Wettbewerb für zuständig zu erklären. Auch die Besserstellungsklausel spielt hier eine Rolle. Eigentlich sieht sie vor, dass jede Verbesserung der Autonomie für Regionen mit Normalstatut auch jenen mit Sonderstatut zuerkannt werden muss. Aus verschiedenen Gründen wirken sich aber auch hier die transversalen staatlichen Zuständigkeiten aus, und zwar über jene Grenzen hinaus, für die sie eigentlich gedacht waren. Die Situation ist also sehr widersprüchlich, und es ist nötig, Klarheit zu schaffen.

Was sind die wesentlichen Punkte für die Überarbeitung des Autonomiestatuts?

Es gilt, die Grenzen der Gesetzgebungsbefugnisse zu überarbeiten und ihre Bereiche klarer zu definieren – mit Begriffen, die der heutigen Zeit Rechnung tragen. Ein neues Prinzip soll garantieren, dass das Statut nur im Einvernehmen mit der Region und den auto-

nomen Provinzen geändert werden kann. Zu stärken ist die Rolle der paritätischen Kommissionen bei der Festlegung der Durchführungsbestimmungen.

Sollte man statt von einer Wiederherstellung eher von zukunftsorientierter Festigung der Autonomie sprechen?

„Wiederherstellung“ würde heißen, dass die Autonomie selbst verletzt wurde. So weit würde ich nicht gehen. Ich würde sagen, es hat Unklarheiten und eine gewisse Fehlentwicklung der Ziele der Besserstellungsklausel gegeben. Eigentlich hätte sie die Sonderstatute stärken sollen, die Folgen dagegen waren nicht so günstig. Ich würde eher von Wiederbestätigung und Stärkung der Autonomie im Geiste des Verfassungstextes sprechen: Es gilt, sie im Rahmen der Verfassung und auch einer inzwischen veränderten Realität neu zu bekräftigen. **mdg/gst**



Daria de Pretis war Professorin und Rektorin der Universität Trient, Richterin und Vizepräsidentin am Verfassungsgerichtshof.



Österreichs Blick auf die Autonomie

Österreich verfolgt die Entwicklung der Südtirol-Autonomie sehr genau. Welche Rolle dabei die Schutzfunktion und die internationale Verankerung spielen, erklärt Prof. Helmut Tichy im *nëus*-Interview.

Helmut Tichy – im Bild 2018 bei der Verleihung des Großen Verdienstordens des Landes für seinen Einsatz als Botschafter für Südtirols Autonomie

Bis 2023 war Professor Helmut Tichy Leiter des Völkerrechtsbüros im österreichischen Außenministerium. Er unterrichtet an der Universität Graz und an der Diplomatischen Akademie in Wien. Seine juristischen Schwerpunkte sind u. a. das Zusammenspiel zwischen Völkerrecht und Verfassungsrecht, das humanitäre Völkerrecht und Südtirol. Im *nëus*-Interview erläutert er die österreichische Sicht auf die angestrebte Überarbeitung des Autonomiestatuts.

1992 blickte man auf eine gut ausgebaute Südtirol-Autonomie. Daher haben Österreich und Italien die Streitbeilegung vor den Vereinten Nationen unterzeichnet. Heute sieht Südtirol wieder Grund, beim Autonomie-Status nachzubessern. Wie bewerten Sie die Entwicklung der Autonomie in diesen 32 Jahren? Im Großen und Ganzen bewerte ich die Entwicklung sehr positiv: Die völkerrechtlich

abgesicherte Autonomie Südtirols ist fast schon zu einer Selbstverständlichkeit geworden; sie entfaltet eine Vorbildwirkung in Europa und darüber hinaus. Trotzdem ist es notwendig, sehr genau zu verfolgen, wo sich die Autonomie erfreulich entwickelt hat, wie bei der Finanzautonomie, und wo sie noch ausgebaut werden kann, aber auch, wo es zu Einschränkungen gekommen ist, z. B. durch gewisse Urteile des italienischen Verfassungsgerichts, und verlorene Kompetenzen daher wiederhergestellt werden müssen.

Südtirol verhandelt die gewünschte Wiederherstellung autonomer Gesetzgebungsspielräume derzeit direkt mit Italien. Rom sendet positive Signale. Kann Österreich in seiner Schutzfunktion hier unterstützend wirken? Österreich verfolgt die Entwicklungen sehr genau und übt seine völkerrechtliche Schutzfunktion immer so

aus, dass zunächst abgewartet wird, was zwischen Bozen und Rom direkt erreicht werden kann. Dies entspricht dem diplomatischen Umgang zwischen zwei befreundeten Staaten, deren gemeinsame Zugehörigkeit zur Europäischen Union auch sehr viel zur Lösung offener Fragen beigetragen hat. Nur wenn es die Südtiroler Landesregierung für notwendig erachtet, wendet sich Österreich direkt an seine Gesprächspartner und -partnerinnen in der Regierung in Rom.

Die Südtirol-Autonomie ist in Italien die einzige mit internationaler Verankerung. Ein Vorteil auch bei den aktuellen Verhandlungen? Selbstverständlich. Die Südtiroler Landesregierung weiß, dass ihre Anliegen auch eine völkerrechtliche Grundlage haben und dass diese Anliegen, wenn sie es wünscht, auch von einem anderen Staat bilateral und auf sonstigen internationalen Ebenen unterstützt werden.

Wie bei früheren Anlässen ist auch bei der geplanten Änderung des Autonomiestatuts eine offizielle Mitteilung Italiens an die Republik Österreich vorgesehen. Welche Bedeutung hat dieser „Notenwechsel“? Durch einen Notenwechsel zwischen zwei Staaten wird deutlich, dass eine Angelegenheit nicht rein verfassungsrechtlicher beziehungsweise innerstaatlicher Natur ist, sondern auch internationale Relevanz hat. Es entspricht jedenfalls der guten Tradition, dass Italien Österreich über Entwicklungen der Autonomie von Südtirol in formeller Weise, eben durch eine Note informiert, auf die Österreich dann reagiert. Durch den engen Zusammenhang der Autonomie und ihrer dynamischen Entwicklung mit einem völkerrechtlichen Vertrag, dem Gruber-De Gasperi-Abkommen von 1946, haben solche Mitteilungen auch völkerrechtliche Relevanz. *gst*



Foto: Blitze über Brixen © Klaus Zöll

„Buchen sollst du suchen?“

Was bei Gewittern zu tun ist. Das erste Gewitter ist heuer schon früh durch Südtirol gezogen, schon am Samstag vor dem Palmsonntag, am 23. März. Die erste Regel bei einem Gewitter lautet: Sich schnellstmöglich in Sicherheit bringen. Das Risiko, von einem Blitz getroffen zu werden, kann durch einige Grundregeln minimiert werden. Der Blitz schlägt vorzugsweise in die höchste Erhebung ein. Darum sollte, wer sich im Freien aufhält, bei Gewitter Felder oder Wiesen möglichst verlassen, um nicht selbst die höchste Stelle darzustellen. Zudem sind alle Bäume zu meiden – und damit auch die Buchen, die man alles andere als aufsuchen soll. Denn: Schlägt der Blitz in einen Stamm ein, kann die Spannung überspringen, oder man kann von einem abgesprengten Ast getroffen werden. Besonders gefährdet sind alleinstehende Bäume.

Zudem ist es wichtig, bei Gewitter Abstand von Metall zu halten, da Metall Blitzstrom besonders gut leitet, was zu Verbrennungen führen kann. Am

meisten Sicherheit bieten Gebäude mit Blitzschutzsystem oder Autos: Ein Auto funktioniert wie ein Faradayscher Käfig, durch die Blechhülle des Autos sind die Insassen geschützt, wenn alle Fenster und Klappen geschlossen sind. Da aber Gefahr durch bei Gewitter entstehende Windböen, Regengüsse oder Hagelschauer besteht, empfiehlt es sich, das Fahren bei starken Gewittern zu unterlassen und stattdessen auf einem Parkplatz das Ende des Gewitters abzuwarten. Wer mit dem Fahrrad unterwegs ist, sollte einen schützenden Unterstand aufsuchen, keinesfalls aber auf Anhöhen, unter Metallmasten oder Bäumen.

In einem Haus mit Blitzableiter ist man vor einem Gewitter gut geschützt. Sobald ein Gewitter naht, sollten alle Fenster und Türen verschlossen werden, um den Innenraum zu schützen. **mac**



Was tun bei Gewittern?
Empfehlungen des
Bevölkerungsschutzes

Gratis ins Museum mit abo+

Alle, die einen gültigen abo+-Fahrschein besitzen, können in der Zeit vom 15. Juni bis zum 4. September 2024 wieder zahlreiche Museen und Ausstellungsorte in ganz Südtirol bei freiem Eintritt besuchen. Kinder und Jugendliche, Schülerinnen und Schüler, Studierende und Lehrlinge haben so die Möglichkeit, Südtirol von einer neuen Seite kennen zu lernen. Die teilnehmenden Museen sind großteils mit öffentlichen Verkehrsmitteln – also mit dem abo+ – erreichbar. Der Südtirol Pass abo+ ist ein persönlicher Fahrschein, mit dem Schülerinnen und Schüler sowie Studierende alle öffentlichen Verkehrsmittel des Verkehrsverbundes Südtirol benützen können. Anspruch auf das abo+ haben in Südtirol ansässige Personen in Ausbildung von sechs bis 28 Jahren. **jw**



Die Liste der an der Ausgabe 2024 teilnehmenden Museen ist ab Ende Mai online



Weitere Informationen zum Südtirol-Pass abo+



Informationen zu Südtirols Museen-landschaft

Arge Alp sucht Projekte zu nachhaltiger Wassernutzung

Die Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp) stellt die nachhaltige Wassernutzung in den Mittelpunkt der Ausgabe 2024 des Arge-Alp-Preises. Prämiert werden Projekte, die das Bewusstsein für einen sorgfältigen und sparsamen Umgang mit der Ressource Wasser in den Alpenregionen schärfen. Eingereicht werden können dabei sowohl noch nicht begonnene wie auch bereits in Umsetzung befindli-

che Initiativen; bereits abgeschlossene Projekte werden nicht berücksichtigt. Auch Projekte, die eine interregionale Zusammenarbeit beinhalten, können eingereicht werden.

Die teilnehmenden Projekte müssen bis spätestens 1. Juni beim jeweiligen Mitgliedsland einlangen. In Südtirol sind sie an die Landesagentur für Presse und Kommunikation (lpa@provinz.bz.it) zu richten. Die Preisvergabe erfolgt am 25. Oktober im Rahmen der Regierungschefkonferenz der Arge Alp im Tessin. Für die drei Siegerprojekte steht ein Preisgeld von insgesamt 12.000 Euro zur Verfügung.

Mit dem Arge-Alp-Preis 2024 werden Sensibilisierungsmaßnahmen für eine nachhaltige Wassernutzung ausgezeichnet. Bis 1. Juni können Projekte eingereicht werden.



Alle Infos zum
Arge-Alp-Preis 2024



Foto: Claudia Corrent

Ausbildung zum „youth worker“

Die Arbeit mit jungen Menschen steht im Mittelpunkt der Berufsqualifikation „youth worker“. Vor kurzem wurde der zertifizierte Jugendarbeiter beziehungsweise die zertifizierte Jugendarbeiterin offiziell in das Landesverzeichnis der Berufsqualifikationen aufgenommen. Zwei Wege führen zu dieser Berufsqualifikation: Wer neu in diesen Bereich einsteigen möchte, schreibt sich für den Lehrgang zum zertifizierten „youth worker“ ein, der ab Oktober 2024 von der Landesberufsschule für soziale Berufe „Emmanuel Lévinas“ mit italienischer Unterrichtssprache in Bozen durchgeführt wird.

Wer bereits über Erfahrung in der Arbeit mit jungen Menschen verfügt, erhält nach einem Gespräch und der Erstellung eines Dossiers, das die Erfahrungen dokumentiert, im Juni 2025 Zugang zur Abschlussprüfung für die Zertifizierung der Kompetenzen. Es handelt sich um eine europaweit gültige Zertifizierung. **mpi**



Anmeldung zum
Lehrgang

Junglandwirte: Bis 28. Juni ansuchen

Noch bis zum 28. Juni können unter-41-Jährige, die einen Hof übernehmen oder kaufen, um die Beihilfe zur Niederlassung ansuchen. Für das Einreichen der Anträge können die Junglandwirte und -wirtinnen an bestimmten Tagen bei den Bezirksämtern für Landwirtschaft in Schlanders (31. Mai und 21. Juni), Brixen (22. Mai sowie 4. und 18. Juni), Bruneck (21. Mai sowie 3. und 17. Juni) und Meran (Termine standen bei Redaktionsschluss nicht fest) einen Termin vereinbaren. Zum Termin sind folgende Unterlagen mitzubringen: Vertrag oder Erbschein; Dokumentation Eröffnung Mehrwertsteuerposition in der Landwirtschaft (Handelskammerauszug, Beleg von der Agentur für Einnahmen); gültiger Ausweis; berufliche Qualifikation sowie LaFIS-Bogen und LaFIS-Datenblatt (können eventuell vom Bezirksamt besorgt werden). Außerdem sollten die Junglandwirte und -wirtinnen eine Aufstellung der geplanten Investitionen für die zwei Folgejahre mitbringen. Wer Teilhaber einer Gesellschaft ist, sollte das vorab mitteilen, da der Ablauf der Antragstellung dafür ein etwas anderer ist.

Südtirol im Vergleich zu angrenzenden Regionen

An welche Regionen grenzt Südtirol eigentlich an? Wie viele Menschen leben hier und dort? Und wie viele Menschen leben im Vergleich dazu in der Europäischen Union und auf der Erde insgesamt? Die Graphik und die Zahlen zur Bevölkerung sollen Relationen darstellen und dazu beitragen, Dinge möglichst zu relativieren.

Graubünden - 203.000

Chur - 38.000 Einwohner



Südtirol - 533.000

Bozen - 107.000 Einwohner



Trentino - 541.000

Trento - 118.000 abitanti



Lombardia - 9.943.000

Milano - 1.350.000 abitanti



L'Alto Adige a confronto con le regioni vicine

Con quali regioni confina l'Alto Adige? Quante persone vivono qui e là? E quante persone vivono nell'Unione Europea e nel mondo intero? Il grafico e i dati sulla popolazione hanno lo scopo di aiutarci a fare le dovute proporzioni, mettendo i nostri numeri in relazione agli altri.

Mondo
8.030.000.000
abitanti

Unione Europea
448.000.000
abitanti

Alto Adige
533.000 abitanti

Salzburg - 568.000

Salzburg - 157.000 Einwohner

Tirol - 771.000

Innsbruck - 131.000 Einwohner

Veneto - 4.848.000

Venezia - 252.000 abitanti